„Schließlich waren alle Marktgemeinderäte am 20.7.2010 anwesend; sie haben sich ausnahmslos ritigelos auf die Beratung eingelassen, so dass ein (hier nicht vorliegender) Ladungsmangel zudem geheilt worden wäre (vgl. BayVGH vom 6.10.1987²⁾ BayVBl 1988, 83 m.w.N.).“

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Beschluss vom 4.10.2010 – 4 CE 10.2403

FSiBay 2011/111

EAPL: 020 (0200)

112 Keine Bereitstellung von Sitzungsunterlagen und -niederschriften nichtöffentlicher Sitzungen im elektronischen Ratsinformationssystem der Kommune zum Abruf durch die Gemeinderatsmitglieder

(Vgl. auch FSiBay Randnummer 226/2006)

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz (LfD) hat sich bereits in seinem 22. Tätigkeitsbericht 2006 unter der Nr. 8.5 dazu geäußert, unter welchen Voraussetzungen Unterlagen mit personenbezogenem Inhalt aus datenschutzrechtlicher und aus technisch-organisatorischer Sicht in elektronischen Ratsinformationssystemen zum Abruf durch die Gemeinderatsmitglieder bereitgestellt werden können. Danach sind bei internen Ausarbeitungen, die zur Sitzungsvorbereitung oder sonstigen Information für den Gemeinderat bestimmt sind, bei Einladungen zu Sitzungen, die auch die Angaben der Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzungen erfordern, und bei Sitzungsprotokollen, die nur für die Gemeinderatsmitglieder bestimmt sind, unbefugte Kenntnisnahmen und Zugriffe durch Dritte auszuschließen. Eine Stadt hat sich nun unter Bezugnahme auf Art. 54 Abs. 3 Satz 1 der Gemeindeordnung an den LfD mit der Frage gewandt, ob es datenschutzrechtlich zulässig sei, den Stadtratsmitgliedern die Niederschriften über die nichtöffentlichen Stadtrats- und Ausschusssitzungen über ein Ratsinformationssystem zur Verfügung zu stellen. Der LfD vertritt dazu in seinem unten vermerkten Schreiben vom 17.11.2010 folgende Auffassung:

„Im 16. Tätigkeitsbericht vertrete ich in Übereinstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern unter der Nr. 8.2 die Auffassung, dass eine Herausgabe der Niederschriften über nichtöffentliche Gemeinderatsitzungen an die Gemeinderatsmitglieder grundsätzlich nicht in Betracht kommt. Diese Auffassung wird auch in der Literatur vertreten. Nach Bauer/Böhle/Ecker, Bayerische Kommunalgesetze, Art. 54 Rdnr. 9 ist die Gemeinde zwar nicht gehindert, den Gemeinderatsmitgliedern Abschriften der Niederschriften öffentlicher Sitzungen

²⁾ FSiBay Randnummer 2/1988

zuzuleiten, im Interesse der Geheimhaltung nicht jedoch Abschriften der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse samt Niederschrift, solange die Gründe für die Geheimhaltung noch nicht weggefallen sind. Ebenso Widmann/Grasser/Glaser, Bayerische Gemeindeordnung, Art. 54 Rdnr. 13, die darauf hinweisen, dass der Gemeinderat insoweit durch die Geschäftsordnung auch keine abweichende Regelung treffen kann. In elektronischen Ratsinformationssystemen werden den Ratsmitgliedern Unterlagen zum Abruf bereitgestellt. Auch wenn danach durch technisch-organisatorische Maßnahmen ein Ausdruck der am Bildschirm aufgerufenen Unterlagen verhindert werden kann, ist es doch regelmäßig möglich, den am Bildschirm sichtbar gemachten Text abzufotografieren oder ein Screenshot anzufertigen. Durch diese Möglichkeiten kann der Abruf einer Unterlage am Bildschirm mit einer Ablichtung verglichen werden. Soweit daher eine Ablichtung nicht zulässig ist, scheidet auch eine Zurverfügungstellung im elektronischen Ratsinformationssystem zum Abruf aus. Dies gilt neben Niederschriften nichtöffentlicher Sitzungen auch für sonstige vertrauliche Informationen, die z.B. lediglich als Tischvorlagen für die Dauer der Sitzung zur Verfügung gestellt werden und von denen keine Ablichtungen angefertigt werden dürfen.“

Schreiben des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 17.11.2010 – DSB/3-630-273/2-2

FSiBay 2011/112

EAPL: 024 (0241), 047 (0471)

Zur Rückzahlung des Vorschusses für Mängelbeseitigungskosten

(Vgl. auch die nachfolgende Randnummer 114/2010 in diesem Heft)

Mit diesem Thema hat sich der Bundesgerichtshof (BGH) in seinem unten vermerkten Urteil vom 14.1.2010 erstmals grundsätzlich befasst und eine ganze Reihe verschiedener Fallgestaltungen behandelt. Dem Urteil kann im Wesentlichen Folgendes entnommen werden:

1. Grundsätzliches zu Sinn und Zweck des Anspruchs auf Vorschuss für Mängelbeseitigungskosten

Dazu führt der BGH aus:

„Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs kann der Auftraggeber eines Bauvertrags vom Auftragnehmer Vorschuss für die zur Beseitigung von Mängeln erforderlichen Aufwendungen verlangen ... Es wäre unbillig, wenn der Auftraggeber sich nach Erschöpfung der für das Bauwerk vorgesehenen Gelder zusätzliche Mittel beschaffen müsste, die im Ergebnis der Auftragnehmer zu tragen hat. Der Auftraggeber erhält durch die Vorschusszahlung die Möglichkeit, die Mängelbeseitigung ohne eigene Mittel zu betreiben.“